



HERZOG-KOMMISSION

Abschlussbericht vorgelegt

Es ist geschafft. Die Kommission „Soziale Sicherheit“ des CDU-Bundesvorstands unter Vorsitz von Alt-Bundespräsident Roman Herzog hat ihre Arbeit beendet und ihren Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, übergeben.

Er sei sich der Verantwortung bewusst gewesen, die ihm und seiner Kommission übertragen wurde, sagte Roman Herzog bei der Übergabe des Kommissionsberichts und bedankte sich für das Vertrauen, das ihm von der Parteiführung entgegengebracht *Fortsetzung Seite 2*

INHALT

ROLAND KOCH
PEER STEINBRÜCK:
Programm zum
Subventionsabbau
SEITE 6-7

CDU/CSU-
SPITZENTREFFEN:
Union will EU-
Verfassung nachbessern
SEITE 8

Forts. von Seite 1
worden sei. Angela Merkel würdigte die Arbeit von Roman Herzog und den Mitgliedern der Kommission. Die Partei- und Fraktionsvorsitzende zeigte sich überzeugt, dass das von der



Kommission „Soziale Sicherheit“ unter dem Vorsitz von Bundespräsident a.D. Roman Herzog

Herzog-Kommission erarbeitete Papier eine gute Grundlage sei, auf der man die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme diskutieren könne.

Umsteuern unerlässlich

Er habe ja schon bei der Übernahme des Vorsitzes der CDU-Kommission dunkle Ahnungen gehabt, wie es um die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland bestellt sei, gab Herzog bei der Vorstellung des Berichts zu verstehen. Jetzt, nach intensiver Beschäftigung, malte er ein noch düsteres Bild: „Es zeigt sich, dass das System auf der Kippe steht.“

Angesichts der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft sei ein grundlegendes Umsteuern in der Sozialpolitik unerlässlich. Zu viele Leistungsempfänger würden zu wenigen Beitragszahlern gegenüberstehen. „Die sozialen Sicherungssysteme sind aus den Fugen geraten,“ sagte er.

Notwendige Gegenmaßnahmen

Wenn in den nächsten Jahren keine Gegenmaßnahmen ergriffen würden, müssten die Beitragssätze zu den Sozialversicherungssystemen von derzeit rund 42 Prozent bis zum Jahr 2030 auf

54 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter ansteigen, sagte Herzog. Der derzeitige Wert von 42 Prozent erweise sich bereits heute als eine deutlich zu hohe Belastung der Arbeitskosten durch zu hohe Lohnnebenkosten. Diese Belastung würde zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen und einer „unerträglichen finanziellen Belastung“ für den Einzelnen führen. Die Kommission habe es deshalb als ihre wesentliche Aufgabe angesehen, Maßnahmen zu entwickeln, durch die die Summe der Sozialversicherungsbeiträge deutlich zurückgeführt werden könne. Dieses Ziel habe man erreicht, erklärte Roman Herzog stolz.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Finanzielle Entlastung

Wenn alle Vorschläge der Kommission umgesetzt werden würden, betrüge die Summe der Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen im Jahr 2030 nur noch 37 Prozent. Das Ziel, die Arbeitskosten in Deutschland nachhaltig von Nebenkosten zu entlasten, kann durch die Vorschläge der Kommission überzeugend erreicht werden. Nach Berechnungen des Kommissionsbüros würden die Arbeitgeber bei Umsetzung aller vorgeschlagenen Maßnahmen im Jahr 2030 um gut 48 Milliarden Euro entlastet. Auf Seiten der Arbeitnehmer würden die niedrigen Sozialversicherungssätze zu einer Erhöhung des verfügba-

ren Einkommens um insgesamt 56 Milliarden Euro im Jahr 2030 führen. Allerdings müssten von dieser Summe die Mehrausgaben abgezogen werden, die durch die private Absicherung bestimmter Risiken außerhalb der gesetzlichen Systeme entstehen würden. Die verbleibende Netto-Entlastung der Arbeitnehmer würde aber im Jahr 2030 insgesamt 22 Milliarden Euro und im Jahr 2050 insgesamt 39 Milliarden Euro betragen. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden von dieser Stabilisierung der Beitragsätze unmittelbar profitieren. Ein Durchschnittsverdiener würde im Jahr 2030 über etwa 4,8 Prozent seines Einkommens mehr verfügen können,

wenn die Kommissionsvorschläge zur Reform der Sozialsysteme umgesetzt werden würden.

Orientierungspunkte

Bei ihren Reformvorschlägen habe die Kommission daran festgehalten, dass die „großen Lebensrisiken“ auch künftig solidarisch abgesichert werden müssten, fügte Herzog hinzu. Zu den Zielen des Reformkonzepts gehöre die Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme und eine gerechte Verteilung der demographiebedingten Lasten auf die Generationen. Dies solle unter anderem durch mehr Eigenverantwortung der Versicherten erreicht werden.

WIE GEHT 'S WEITER?

Der Abschlussbericht der Herzog-Kommission ist Grundlage der Beratungen des Bundesvorstands der CDU Deutschlands am 6. Oktober. Dort wird der Antrag des Bundesvorstands zur Reform der sozialen Sicherungssysteme für den Parteitag am 1. Dezember in Leipzig beschlossen. Bis zum Parteitag wird dieser Antrag ebenso wie der Antrag „Bürgerpartei CDU“ auf sechs Regionalkonferenzen

zur Diskussion gestellt. Die Herzog-Kommission geht auf einen Beschluss des Bundesvorstands der CDU vom 3. Februar zurück. Demnach sollte das Gremium unter der Leitung von Alt-Bundespräsident Roman Herzog konkrete Reformvorschläge zur Wahrung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme vorlegen. Insgesamt hat die Kommission 14 Sitzungen durchgeführt, in denen internationale und

nationale Experten angehört wurden. Alle Reformmodelle sind von einem renommierten Beratungsunternehmen professionell durchgerechnet worden, um sicher sein zu können, dass die Vorschläge, die vorgelegt werden, auf plausiblen Annahmen und soliden Berechnungen beruhen.

Den Bericht der Herzog-Kommission und Informationen zu den Anträgen finden Sie auf www.cdu.de

Quo Vadis, Deutschland?

Angela Merkel ruft die Deutschen zu mehr Reformbereitschaft auf. Gebraucht werde ein „zweiter Gründergeist“, sagte sie in einer Grundsatzrede zum 13. Jahrestag der Deutschen Einheit auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nur so könne es gelingen, Deutschland in den nächsten zehn Jahren auf einen „ersten drei Plätze in Europa“ zu befördern.

Bei ihrer ausführlichen Analyse des Ist-Zustands und bei der Formulierung von Konzepten für die Zukunft sparte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag kaum ein Thema aus und bezog Stellung zu allen strittigen Reformpunkten.

Sozialsysteme

Angela Merkel unterstützte die am Vortag vorgestellten Konzepte der Herzog-Kommission zum Umbau der Sozialsysteme, obwohl die – wie sie einräumte – „wahrlich keine leichte Kost für eine Volkspartei“ seien. Dennoch müssten

jetzt die Weichen für eine Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme gestellt werden. Ohne Änderung laufe die Pflegeversicherung systematisch in ein nicht

mehr abzutragendes Defizit. Deshalb müsse sie langfristig auf ein individuelles Kapitaldeckungsverfahren umgestellt werden. Sie bezeichnete das von Romane Herzog vorgeschlagene Prämien-Modell für die gesetzliche Krankenversicherung, in dem die bisher Versicherten einen festen Beitrag zahlen müssen, als den richtigen Weg. Sie unterstütze auch den Herzog-Vorschlag einer Erhöhung des effektiven Renteneintrittsalters um vier Jahre. Eine Rente ohne Abschläge soll auch nach ihrer Überzeugung erst nach 45 Beitragsjahren möglich sein. Merkel betonte, die Mitglieder der CDU-Kommission hätten es sich nicht leicht gemacht. „Es steht



viel auf dem Spiel.“ Die CDU werde über die Vorschläge bis zu ihrem Bundesparteitag im Dezember eine „sehr intensive Diskussion“ führen und die Parteibasis auf sechs Regionalkonferenzen an der Debatte beteiligen. „Dann wird aber entscheiden“, betonte die CDU-Vorsitzende in ihrer Grundsatzrede im Deutschen Historischen Museum.

Arbeitsmarkt

Einschneidende Reformen mahnte Merkel für den Arbeitsmarkt an. Betriebliche Bündnisse sollten über Fragen von Tarif und Arbeitszeit entscheiden können, Leiharbeit müsse einfa-

cher werden. Auch werde ein gelockterter Kündigungsschutz gebraucht. „Ohne insgesamt mehr zu arbeiten, werden wir unseren Wohlstand nicht bewahren können.“ Es gehe um eine tarifliche Verlängerung der Wochenarbeitszeit insbesondere in den alten Ländern um ein bis zwei Stunden. „Wir müssen mehr für Deutschland tun,“ appellierte Merkel an Parteien und Bürger.

Steuern und Finanzen

Außerdem plädierte Angela Merkel dafür, die Steuersätze zu senken und im Gegenzug Steuerschlupflöcher zu schließen. Die Union werde entsprechende Vorschläge des ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof unterstützen. Unterstützung fand auch das von den Ministerpräsidenten Hessens und Nordrhein-Westfalens, Roland Koch und Peer Steinbrück, vorge-schlagene Konzept zum linearen Abbau von Subventionen. „Koch und Steinbrück haben sich an das Eingemachte herangewagt, und sie haben die richtigen Prioritäten gesetzt – keine Kürzungen bei Forschung, Bildung und Mittelstand. An-

sonsten kommt alles auf den Prüfstand“, sagte Merkel. „Die Richtung stimmt.“

Forschung und Bildung

Ausdrücklich sprach sich Angela Merkel für eine Reform des Bildungswesens „an Haupt und Gliedern“ aus. Als Stichpunkte nannte sie Leistungsforderungen bereits ab der ersten Klasse, ein Abitur nach 12 Jahren, Streichung der zentralen Zulassungsstelle für Studienplätze und die Einführung von Studiengebühren. Ferner müsse die Forschungslandschaft wieder auf Welt-niveau gebracht werden. „Wir dürfen uns mit Mittelmaß in dieser Zeit nicht zufrieden geben“, unterstrich die CDU-Vorsitzende.

Merkel begründete ihre Forderung nach umfassenden Einschnitten und Reformen mit der wirtschaftlichen Schwäche in Deutschland. Die Bundesrepublik sei zu einer „Bremsnation“ geworden. „Wir, das ist die Wahrheit, leben seit langem vor allem von der Substanz“, sagte Angela Merkel. Mit Blick auf die Reformvorhaben der Bundesregierung betonte sie, die Union werde mit ihrer Mehrheit im Bundesrat

keine Blockade betreiben. „Heute, zwölf Monate nach der Bundestagswahl, wäre es für die Union ein Leichtes, das Land vor die Wand fahren zu lassen“, sagte Merkel mit Bezug auf die Mehrheit der Union im Bundesrat. „Aber das wird es mir nicht geben.“ Die Union sei auch zu Abstrichen bereit: „Besser ein Kompromiss mit Schwächen als gar nichts tun“, betonte sie. Es müsse aber gelten, dass die Vorteile die Nachteile aufwögen und die Handschrift der Union erkennbar werde. Eine Blockadepolitik wie zu Zeiten des damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine werde es mit ihr nicht geben.

Die CDU-Vorsitzende forderte alle Gesellschaftsschichten eindringlich zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf, um Deutschland aus der Krise zu führen. „Wir müssen Schluss machen, zuerst mit dem Finger auf andere zu zeigen“, betonte die CDU-Chefin und fügte hinzu: „Unser Land hat genug vom Wettbewerb der Egoisten“. Deshalb müssten alle „mehr für Deutschland tun“, jeder müsse „bei sich anfangen“, forderte Angela Merkel auf. „Deutschland steht am Scheideweg, entweder Resignation und Kapitulation oder Aufbruch.“

Umfassendes Konzept vorgelegt

Erstmals besteht in Deutschland die realistische Möglichkeit eines drastischen Subventionsabbaus.

Gemeinsam legten der hessische Ministerpräsident Roland Koch und sein sozialdemokratischer Kollege Peer Steinbrück, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, ein Streichprogramm vor, mit dem von 2004 bis 2006 nach der „Rasenmähermethode“ fast alle staatlichen Finanzbeihilfen um jährlich vier Prozent gekürzt werden sollen. In den ersten drei Jahren fallen dem 115-seitigen Programm „Subventionsabbau im Konsens“ zufolge Kürzungen von insgesamt 15,8 Milliarden Euro an. Danach sind jährliche Einsparungen von 10,5 Milliarden Euro vorgesehen.

Roland Koch verwies darauf, dass sich bei der geplanten Kürzung aller Staatshilfen um je vier Prozent in den ersten drei Jahren „als Einstieg“ alle Beteiligten angemessen einstellen könnten. Das Konzept, das gegenüber früheren Initiativen in seiner „Bandbreite und Tiefenschärfe“ wesentlich weiter gehe, sei ein Angebot an Bund und Länder, den Subventionsabbau nun im

Konsens anzugehen.

Die Debatte über dauerhafte Kürzungen der Staatshilfen muss nach den Worten Kochs gerade jetzt geführt werden. Angesichts eines Besorgnis erregenden Wirtschaftswachstums und einer dramatischen Verschuldung sei dies wahrscheinlich „die beste Zeit dafür“. Der hessische Regierungschef verwies zugleich darauf, dass Kürzungen nicht möglich seien, ohne dass es die Betroffenen merken.

Die Hauptpunkte des Konzepts im Einzelnen: ■ **Eigenheimförderung:** Das Programm sieht vor, dass die Eigenheimzulage für Neubauten von derzeit 2556 Euro im Jahr schrittweise auf 2250 Euro ab 2006 gekürzt wird. Betroffen ist, wer 2004 mit dem Bau beginnt oder kauft. Die öffentlichen Kassen sollen so um 1,35 Milliarden Euro entlastet werden. Gekürzt wird auch die Kinder-Bauzulage, was den Haushalt um 445 Millionen Euro entlastet. ■ **Pendlerpauschale:** Sie soll bei Entfernungen bis 10 Kilometer zur Arbeitsstelle von derzeit 36 Cent auf 35 Cent je Kilo-



meter gesenkt werden. Die Pauschale bei Entfernungen ab dem 11. Kilometer sinkt von derzeit 40 Cent bis 2006 schrittweise auf 35 Cent. Um Nahpendler nicht zu bevorzugen, sieht der Vorschlag vor, den Arbeitnehmer-Pauschbetrag für Fahrstrecken bis zu 13 Kilometern von 1044 Euro im Jahr auf 920 Euro zu kürzen. Das Abschmelzen der Entfernungspauschale brächte bis 2006 rund 460 Millionen Euro, die Kürzung des Arbeitnehmerpauschbetrages 720 Millionen Euro. ■ **Sparerfreibetrag:** Er soll von derzeit 1550 Euro jährlich bis 2006 auf 1370 Euro gesenkt werden. Durch die Kürzung entstehen Mehreinnahmen von 240 Millionen Euro. ■ **Direkte Finanzhilfen:** Die Steinkohlebeihilfen sollen nach 2006 um weitere 530

Millionen Euro gekürzt werden. Die Sparte „direkte Finanzhilfen“, unter die auch die Steinkohle fällt, wollen Roland Koch und Peer Steinbrück um insgesamt 4,6 Milliarden Euro senken. Dies bedeutet auch Abstriche für Bahn und öffentlichen Nahverkehr im Volumen von 1,9 Milliarden Euro.

Die beiden Ministerpräsidenten erläuterten, in zwei Bereichen hätten sie keine Einigung erreicht. Der nordrhein-westfälische SPD-Regierungschef beharrte auf Beibehaltung der steuerfreien Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit. Sein hessischer Amtskollege sprach sich dafür aus, die Vergünstigungen bei der Ökosteuer für energieintensive Unternehmen beizubehalten.

Als jährliche Staatsbeihilfen legen die Ministerpräsidenten 127 Milliarden Euro zugrunde, deutlich mehr als der Subventionsbericht der Bundesregierung vorgibt. Vom „Rasenmäher“ verschont bleiben Mittel in Höhe von 44 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung, Mittelstand sowie Aus- und Weiterbildung. Auch die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer bleibt erhalten.

Beide lehnten es ab, mit dem Programm das von der Bundesregierung geplante Vorziehen der Steuerreform

zu finanzieren. Dafür sei eine „andere Finanzierung“ notwendig, „denn diese ist schon verbraucht“, sagte Roland Koch.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel würdigte das Programm unterdessen als

Zu dem von Roland Koch und Peer Steinbrück vorgeschlagenen Konzept zum Subventionsabbau erklärten der finanzpolitische Fraktionssprecher, Michael Meister, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Haushalt, Dietrich Austermann:

Alle Experten sind sich einig: Der Abbau von Subventionen ist als Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, zum Abbau staatlicher Verschuldung und als erster Schritt für eine nachhaltige Finanzpolitik dringend geboten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt deshalb den Vorstoß der beiden Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück, hierzu einen eigenen Vorschlag vorzulegen, der den Subventionsabbau umfassend und systematisch angeht. Die Bundesregierung hat sich diesem Thema bislang vollständig verweigert. Sie hat zum Stopfen von Haushaltslöchern lediglich punktuelle

„zielführend für Deutschland“. Die Vorschläge würden in den kommenden Tagen wohlwollend geprüft. Sie sagte gleichzeitig eine konstruktive Unterstützung der verschiedenen Maßnahmen zu.

und willkürliche Vorschläge zum Abbau einzelner Subventionen in die öffentliche Diskussion eingebracht, denen jedoch kein tragfähiges Gesamtkonzept zugrunde liegt.

Das Koch-Steinbrück-Konzept ist eine gute Arbeitsgrundlage, um in den Subventionsabbau endlich einzusteigen. Die Bundesregierung ist nunmehr aufgefordert, das Gesamtkonzept aufzugreifen und gesetzgeberisch umzusetzen. Es wird nicht gelingen, die öffentlichen Haushalte zu sanieren, wenn der Subventionsabbau nicht umfassend, systematisch und ernsthaft durchgeführt wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für den Abbau von Subventionen ein und befürwortet die vorbehaltlose Prüfung aller Subventionen. Auf dieser Basis wird sie die umfassenden Vorschläge der beiden Ministerpräsidenten bewerten, um den Subventionsabbau beschleunigt voranzutreiben.

Verfassungsentwurf trägt Handschrift der Union

CDU und CSU haben unmittelbar vor der entscheidenden Regierungskonferenz ihre Änderungswünsche an dem Entwurf für eine europäische Verfassung bekräftigt.

Nach einem Spitzengespräch in Berlin begrüßten die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, grundsätzlich die Fortschritte an dem Verfassungsentwurf für die Europäische Union. Dieser trage nun deutlich die Handschrift der Union. Dennoch gebe es noch Nachbesserungsbedarf. Die beiden Vorsitzenden bekräftigten aber übereinstimmend, dass die Union dann auf Änderungen in dem Vertrag beharren werden, sollte die Konferenz der europäischen Regierungschefs in Rom den Verfassungsvertrag noch einmal aufschneiden.

Veränderungsbedarf bestehe vor allem in der Einwanderungspolitik. In diesem Politikbereich müsse auf der europäischen Ebene das Vetorechte einzelner Mitgliedsländer erhalten bleiben.

Nachgebessert werden müsse auch die Koordination

von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Union kritisierte, dass die künftige Verfassung der EU zahlreiche neue Zuständigkeiten übertrage, die von den Mitgliedsstaaten ausreichend selbst erledigt werden könnten. Dies

gelte vor allem in den Bereichen der Wirtschafts- und der Sozialpolitik sowie bei Fragen der Daseinsvorsorge wie etwa der Wasserversorgung, bei der die Kommunen Privatisierung und Deregulierung fürchteten. Innerstaatlich dringen CDU und CSU auf ein erweitertes Mitspracherecht des Bundesrates beim Übergang in der EU von Einstimmigkeits- zu Mehrheitsentscheidungen.

Angela Merkel und Edmund Stoiber zeigten auch Sympathie für die Forderung kleinerer Staaten, weiter je einen Kommissar nach Brüssel entsenden zu dürfen. Beide sprachen sich auch erneut für einen Gottesbezug in der EU-Verfassung aus. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, An-



gela Merkel, wies darauf hin, dass nicht nur der Bundestag, sondern auch die Länder den Vertrag mit Zweidrittelmehrheit billigen müssten. Die Opposition sei daher nicht machtlos, sondern habe ein Mitspracherecht.

Die Union werde ihre Forderungen auch zum Thema beim Europawahlkampf im kommenden Jahr machen, kündigten die beiden Parteivorsitzenden an. Die Wahl solle zu einem Plebiszit über die EU-Verfassung gemacht werden.

Das Positionspapier „Gemeinsame Positionen von CDU und CSU zur Regierungskonferenz über den EU-Verfassungsvertrag 29. September 2003“ finden Sie auf www.cdu.de unter „Politik A-Z“, Stichwort: „Europapolitik“.

Herzlichen Glückwunsch!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 30. September 2003 jährt sich zum fünfzigsten Mal der Tag der Wahl von Gebhard Müller zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und damit auch der Tag, seit dem die CDU in Baden-Württemberg ununterbrochen die Regierungsverantwortung trägt. Dies ist ein bundesweit für die Union noch nie da gewesener und damit einzigartiger Erfolg, den außer der CDU keine andere Partei in Deutschland vorweisen kann.

Zu diesem besonderen Jubiläum möchte ich der CDU Baden-Württemberg und ihren Mitgliedern herzlich gratulieren sowie auch Ihnen als Landesvorsitzendem meinen herzlichen Glückwunsch aussprechen. Ich verbinde damit meine besten Wünsche für eine weiterhin erfolgreiche politische Arbeit der baden-württembergischen CDU.

Die CDU zwischen Mannheim und Konstanz und zwischen Wertheim und Isny kann sich in der Tat mit Recht als die „Baden-Württemberg-Partei“ bezeichnen. Unter der langjährigen Regierungsverantwortung der CDU konnten nicht nur einstmals drei Landesteile zu einer funktionierenden und vielerlei Hinsicht vorbildlichen Einheit zusammengeschweißt werden. Vielmehr markiert die Regierungszeit der CDU auch die Zeit eines vorbildlichen Aufschwungs eines Landes, das in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch zu den wirtschaftlich schwächeren Regionen in Deutschland zählte.

Heute ist Baden-Württemberg ein ungemein starkes Land mit großem Potenzial in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Es ist ein politisches Schwergewicht, dessen Stimme auch im Bund gehört wird. Die niedrigste Arbeitslosigkeit aller deutschen Länder, die höchsten Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Bildung – das sind klare und eindeutige Belege für eine über lange Jahre strategisch richtig angelegte, konsequent umgesetzte und deshalb erfolgreiche Politik. Die CDU Baden-Württemberg hat es immer wieder verstanden, neue Herausforderungen anzunehmen, sich inhaltlich zu erneuern und wichtige landespolitische Impulse zu geben, die in anderen Ländern Nachahmer fanden und noch heute finden. Baden-Württemberg ist nicht nur eine wirtschaftliche Größe, sondern setzt auch Zeichen für den sozialen Zusammenhalt; nirgendwo in Deutschland engagieren sich mehr Menschen ehrenamtlich als in Baden-Württemberg. Sie bringen damit auch zum Ausdruck, dass es sich lohnt, in Baden-Württemberg zu leben.

Die Erfolge Ihres Landes sind deshalb die Erfolge seiner Bürger, die von einer weitsichtigen und klugen Politik der CDU in Baden-Württemberg mit möglich gemacht und gestützt werden konnten. Dies haben die Bürger an der Wahlurne in nunmehr fünfzig Jahren immer wieder honoriert. Für mich ist dies ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass die Union immer dann Erfolg hat, wenn sie ihre Politik an den Menschen auslegt, ohne gleich jeder Mode und jeder gut gemeinten Forderung nachzugeben. Das ist Ihrem Landesverband in Baden-Württemberg immer gelungen, und ich wünsche Ihnen und der baden-württembergischen CDU, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird.

Für die Arbeit der CDU Baden-Württemberg zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Ihres Landes wünsche ich allen ihren Mitgliedern und Ihnen ganz persönlich weiter viel Tatkraft, Erfolg und Gottes Segen.

Mit freundlichen Grüßen
Angela Merkel

Herzog-Kommission nimmt frauen- und familienpolitische Herausforderungen an

Zum Bericht der Herzog-Kommission erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Die Alterssicherung muss sich mehr als bisher an den Lebens- und Erwerbsbiographien von Frauen orientieren. Ziel ist es, die eigenständige Alterssicherung von Frauen zu verbessern“. Diese wichtige Erkenntnis muss nicht zuletzt aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes elementarer gesellschaftspolitischer Grundpfeiler der Rentenpolitik von heute und morgen sein. Es gilt, auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, die richtigen Prioritäten zu setzen: Für Familien mit Kindern.

Im aktuellen Bericht der CDU-Kommission „Soziale Sicherheit“ haben die Sozialexperten der Union den gravierenden Misstand in der Rentenpolitik angemahnt und damit deutliche Akzente gegen die Vorschläge der von der Bundesregierung eingesetzten Rürup-Kommission gesetzt und Alternativen zu dem rot-

grünen Einerlei ohne frauen- und familienpolitischer Perspektive aufgezeigt.

Vor allem die stärkere Anerkennung der Erziehungszeiten bei der Rente mit der Verdoppelung auf sechs Entgeltpunkte für ab 1992 geborene und zwei Entgeltpunkte für vor 1992 geborene Kinder sind ein Durchbruch auf dem Weg zu einer eigenständigen Alterssicherung von Müttern. Mit der von der Herzog-Kommission vorgesehenen Beitragsbegünstigung von zehn Euro pro Kind und Monat in der Pflegeversicherung wird die Leistung von Müttern zudem angemessen anerkannt.

Frauen mit Kindern haben in den meisten Fällen keine durchgängigen Erwerbsbiographien, sie verdienen durchschnittlich weniger als Männer und arbeiten viel häufiger in Teilzeit.

Doch sie sind es, die durch die Erziehung von Kindern einen, wenn nicht den elementaren Beitrag zum Fortbestand der umlagefinanzierten Rentenversicherung leisten. Angesichts der negativen demogra-

phischen Entwicklung in Deutschland ist es unverantwortlich, dies zu ignorieren.

Die Bundesregierung und die von ihr eingesetzte Kommission haben an der Lebenswirklichkeit und an den Bedürfnissen von Frauen vorbeigerechnet. Die Herzog-Kommission hat nun klare Alternativen aufgezeigt. Die Erkenntnis, dass wer Familienarbeit leistet, in der Alterssicherung so behandelt werden muss, als ob er Beiträge wie zu Zeiten einer Erwerbsarbeit gezahlt hätte, ist für die Union nicht neu – sie ist elementarer Bestandteil unserer Idee der Wahlfreiheit für Eltern.

Die rot-grüne Bundesregierung tut sich aus ideologischer Verblendung weiterhin schwer, anzuerkennen, dass nicht alle Mütter und Väter Erwerbsarbeit in Vollzeit und Familienarbeit vereinbaren wollen und können. Damit verschließt Rot-Grün die Augen vor der Lebenswirklichkeit junger Familien in Deutschland und treibt später gerade Mütter in die Altersarmut – das ist mehr ein Armutszeugnis für Rot-Grün.

PETER HINTZE:

Für eine zügige Regierungskonferenz



Zum Beginn der Arbeiten der Regierungskonferenz über den EU-Verfassungsvertrag erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Konvent hat einen klugen Kompromiss als Grundlage für die Regierungskonferenz vorgelegt. Dieser Erfolg beruht wesentlich auch auf der Arbeit der Vertreter von CDU und CSU im Konvent. Erreicht wurde vor allem die Schaffung einer klaren Kompetenzordnung, die klare Kontrolle durch die nationalen Parlamente, die gleiche Rechtsqualität aller Teile der Verfassung, die Definition der EU als Wertegemeinschaft und die Präzisierung der Kompetenzzuständigkeiten und die Vereinfachung ihrer Hand-

lungsinstrumente. Die EU kann so – wie von uns gefordert – transparenter, demokratischer und effizienter werden.

Wir wollen einen Abschluss der Konferenz noch in diesem Jahr, damit ihr Ergebnis noch vor den Europawahlen im Jahr 2004 allen Bürgern bekannt ist. Die berechtigten Interessen der kleineren Mitgliedstaaten auf Beteiligung in den Institutionen müssen berücksichtigt werden. Ein Kommissar pro Mitgliedstaat ist akzeptabel. Ein Rückschritt auf die unlogischen Stimmverhältnisse des Vertrages von Nizza muss aber verhindert werden. Es muss bei der Konventsregelung bleiben, nach der die Bevölkerungszahl eines Mitgliedstaates die ausschlaggebende Rolle spielt. Wir fordern die Bundesregierung auf, mit Nachdruck darauf zu drängen, dass in der Verfassung die Verantwortung vor Gott benannt und ein Bezug zum christlichen Erbe aufgenommen wird. Nur so wird die Werteverankerung Europas deutlich. Im Interesse des Subsidiaritätsprinzips erwarten wir weiter, dass die Kompetenzen für die Regelungen der Daseinsvorsorge auf Ebene der Mitgliedstaaten verbleiben. Ebenso fordern wir die Bundesregie-

rung auf, im Bereich der Einwanderungspolitik am Einstimmigkeitsprinzip festzuhalten, um die Verantwortung der Mitgliedstaaten für den Personenkreis und die Zahl der Einwanderer zu gewährleisten.

Wichtig ist, dass das europäische Projekt mit neuem Leben erfüllt wird und die Regierungskonferenz erfolgreich noch in diesem Jahr abgeschlossen werden kann.

MARIA EICHHORN:

Aktive Lebensgestaltung älterer Menschen fördern



Zum Internationalen Tag der älteren Menschen erklärte die seniorenpolitische Sprecherin:

Die demografische Alterung wird sich in den nächsten Jahrzehnten bei einer anhaltend niedrigen Geburtenrate von 1,3 Kindern fortsetzen. Umso notwendiger wird es, ältere Menschen bei der Lösung gesellschaftli-

cher Probleme aktiv einzu-
beziehen und ihre Kompe-
tenz anzuerkennen.

Eine generationenge-
rechte Arbeitsmarktpolitik
muss auch einen Zugang für
ältere Arbeitnehmer ermög-
lichen. Die CDU/CSU-Bun-
destagsfraktion wird daher
alle Anreize zur Frühverren-
tung konsequent beseitigen.
Dazu soll u.a. die Altersteil-
zeitförderung durch die
Bundesanstalt für Arbeit
zum 1.1.2004 ebenso aufge-
hoben werden wie die Mög-
lichkeit des erleichterten Er-
halts von Arbeitslosengeld
für ältere Arbeitslose. Nur so
können die Beschäftigungs-
chancen älterer Menschen
auf dem Arbeitsmarkt ver-
bessert werden.

Ältere Menschen wollen
sich darüber hinaus in gro-
ßer Zahl ehrenamtlich enga-
gieren. Sie fordern keine
Entlohnung ihrer Arbeit,
benötigen aber finanzielle
und sachliche Unterstüt-
zung, wenn sie sich freiwillig
in Kommunen und Stadt-
teilen engagieren wollen.

Bildung ist nicht nur eine
Frage des jugendlichen Al-
ters. Eine aktive Lebensge-
staltung und gesellschaftliche
Teilhabe älterer Mens-
chen setzen voraus, dass
diese auch im höheren Alter
Fort- und Weiterbildungs-
angebote in Anspruch neh-
men können.

Ältere Menschen wer-
den die Zukunft maßgeblich
mitgestalten und mitprägen.
Eine zukunftsorientierte Se-
niorenpolitik kann auf dieses
wertvolle Potenzial und die
vorhandenen Kompetenzen
nicht mehr verzichten.

DIETRICH AUSTERMANN:

Rot-grüne „Subventionitis“



**Zu dem im Kabinett be-
schlossenen Subventions-
bericht der Bundesregie-
rung erklärte der haus-
haltspolitische Fraktions-
sprecher:**

Unter Rot-Grün nehmen
die Subventionen nicht ab,
sondern zu. Dies zeigt der
heute beschlossene Subven-
tionsbericht der Bundesre-
gierung. Trotz des bereits
1997 vereinbarten Abbaus
der Kohleförderung steigen
die Subventionen aus dem
Bundeshaushalt in 2004 ge-
genüber 1998 um über eine
Milliarde € an. Der Grund
sind u. a. die milliarden-

schweren Ausnahmerege-
lungen bei der Ökosteur.
Mit diesem „Trostpflaster“
versucht die Regierung, die
ideologisch begründeten ge-
waltigen Belastungen der
Wirtschaft aus der Öko-
steuer teilweise auszuglei-
chen. Dies ist ein Paradebei-
spiel für den steuer- und sub-
ventionspolitischen Irrweg
von Rot-Grün. Nicht weni-
ger, sondern mehr Staat ist
die rot-grüne Devise.

Auch der jüngste Subven-
tionsbericht Eichels enthält
mit einem Volumen von ins-
gesamt rd. 60 Mrd. € erneut
nur die halbe Wahrheit über
den öffentlichen Förder-
dschungel. Wesentliche
Teile staatlicher Transfers
werden weiterhin ausgeblen-
det. Eichels Subventionsbe-
richt muss endlich ein voll-
ständiger und damit realisti-
scher Subventionsbegriff zu-
grunde gelegt werden. Die
Ministerpräsidenten Koch
und Steinbrück, die von ei-
nem etwa doppelt so hohen
Subventionsvolumen ausge-
hen, haben dies gestern mit
ihrem Konzept klar gemacht.
Wenn Eichel deren Vor-
schläge übernehmen will,
muss er seinen Subventions-
bericht und sein Konsolidie-
rungskonzept überarbeiten.
Die massiven Einschnitte bei
der Pendlerpauschale und bei
der Eigenheimzulage macht
die Union nicht mit.

Wir erwarten, dass der Bundesfinanzminister unter Berücksichtigung der Vorschläge Koch/Steinbrück umgehend weitere Haushaltseinsparungen vorschlägt, und zustimmungsfähige Maßnahmen zum Subventionsabbau ergreift, damit der Haushalt 2004 die Verfassungsgrenze einhält.

KLAUS LIPPOLD

DIRK FISCHER:

Schweigen Stolpes ist ver- antwortungslos



Zur Diskussion um den Start der elektronischen Lkw-Maut erklärten der stellvertretende Vorsitzende und der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Dem Bundesverkehrsminister wachsen die Probleme mit der elektronischen Lkw-Maut über den Kopf. Anders ist sein Taktieren in Bezug auf den Starttermin und die weiteren ungelösten Fragen nicht zu deuten.

Das Ministerium erklärte noch vor wenigen Tagen, nach einem „Workshop“ (Teilnehmer: Bundesanstalt für Güterverkehr, Bundesverkehrsministerium, Mautkonsortium, unabhängiger Gutachter), solle am Abend des 30.9. Klarheit über den Beginn des definitiven Probebetriebs und damit über den Mautstart bestehen. Im Gegensatz dazu werden heute Öffentlichkeit und Transportgewerbe weiter im Ungewissen gelassen. Das Schweigen Stolpes ist verantwortungslos und verschlimmert das Ausmaß des Schadens nur noch.

Dass der zweite Startversuch für die Maut am 2. November zum Scheitern verurteilt ist, kann sich jeder ausrechnen. Es ist unfair gegenüber allen Betroffenen, diese Wahrheit zurückzuhalten. Wir fordern Minister Stolpe auf,

- ohne Wenn und Aber endlich eine klare und realistische Entscheidung zum Mautstart zu treffen,
- die offenen Fragen zu Haftung und Konventionalstrafen eindeutig zu beantworten,
- die Widersprüche seiner diesbezüglichen Aussagen zu denen seines Amtsvorgängers Bodewig aufzuklären,
- die Verträge mit dem Betreiberkonsortium offen zu legen,
- Parlament und Öffentlichkeit über die Folgen der Verschiebung des Mautstarts für Bundeshaushalt und Verkehrsinfrastruktur zu informieren, in Brüssel für eine umgehende Klärung der noch offenen Harmonisierungsfragen für das deutsche Transportgewerbe zu sorgen und darüber direkt und eindeutig zu informieren.

CDA: NEUER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Der Bundestagsabgeordnete Ralf Brauksiepe ist auf der CDA-Bundesvorstandssitzung zum neuen Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft gewählt worden. Der bisherige Hauptgeschäftsführer der CDA, Ulrich Hettinger, verlässt nach fünf Jahren Arbeit

in der Hauptgeschäftsstelle die Hauptstadt und geht aus beruflichen und privaten Gründen nach Singapur. Brauksiepe gehört seit 1998 dem Deutschen Bundestag an und ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Kalenderkarte:
„Steuer- und Abgabenlast“
 ca. Scheckkartenformat aus
 Kunststoff

Bestell-Nummer: 9084
 Preis je 100 Stück: 10,00 €
 inkl. MwSt.: 11,60 €



Aktionszeitung: „5 Jahre Rot-Grün“

Die größten Flops von Rot-Grün/
 Die Konzepte der CDU

Bestell-Nummer: 1013
 Preis je 250 Stück: 16,00 €
 inkl. MwSt.: 17,20 €



Folder: „10 Punkte PLUS“
 10 Kernpunkte der CDU für mehr
 Wachstum und Arbeit

Bestell-Nummer: 2085
 Preis je 100 Stück: 10,00 €
 inkl. MwSt.: 10,70 €



Notizheft:
„Was hat Rot-Grün gebracht?“
 auf 36 Seiten Fakten zu rot-grüner
 Misswirtschaft und Leerseiten für
 eigene Notizen

Bestell-Nummer: 5086
 Preis je 20 Stück: 12,00 €
 inkl. MwSt.: 13,92 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Vermold
 Telefax 05241-804 1892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de



Postkarte
 „Gut, dass Rot-Grün weiß,
 wo's langgeht.“

Bestell-Nummer: 9081
 Preis je 100 Stück: 15,50 €
 inkl. MwSt.: 17,98 €



Postkarte
 „Demnach dürften
 wir
 keine Probleme haben.“

Bestell-Nummer: 9082
 Preis je 100 Stück: 15,50 €
 inkl. MwSt.: 17,98 €



Postkarte
 „Der rote Faden der Regierung“

Bestell-Nummer: 9031
 Preis je 100 Stück: 8,00 €
 inkl. MwSt.: 8,56 €



Postkarte
 „So bedankt sich
 Rot-Grün bei den Wählern.“

Bestell-Nummer: 9996
 Preis je 100 Stück: 5,25 €
 inkl. MwSt.: 6,10 €



Postkarte
 „Ich verspreche
 Ihnen, das ist ein Apfel!“

Bestell-Nummer: 9997
 Preis je 100 Stück: 5,25 €
 inkl. MwSt.: 6,10 €



Postkarte
 „Mensch ärgert sich!“

Bestell-Nummer: 9995
 Preis je 100 Stück: 5,25 €
 inkl. MwSt.: 6,10 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung

Deutschland fair ändern!



Besser für die Menschen.



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.